

Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee unter dem Vorsitz des Kantons Appenzell Innerrhoden

Schriftliche Information der Vertretung des Kantonsrates in der Parlamentarier-Konferenz Bodensee über die 42. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee vom 28. März 2014¹

Am 28. März 2014 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (PKB) in Appenzell zur halbjährlichen Konferenz. Unter der Leitung des Grossratspräsidenten des Kantons Appenzell Innerrhoden nahmen parlamentarische Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg sowie der Kantone Zürich, Schaffhausen, Thurgau, St.Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und des Fürstentums Liechtenstein teil. Im Zentrum der Tagung stand die Verabschiedung zweier Resolutionen zu den Themenfeldern Felchenertrag sowie Fracking im Bodenseegebiet.

Die Referenten Dr. Franz Geldhauser (Internationale Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei IBKF) und Dr. Beat Baumgartner (Amt für Umweltschutz Kanton Thurgau) setzten sich mit dem Thema auseinander, ob der Bodensee für die Fische zu sauber sei und ob der abnehmende Phosphorgehalt im Bodensee der Hauptfaktor für den Rückgang der Felchen sei. Im Anschluss an die Diskussion wurde folgende Resolution verabschiedet: «Die PKB betrachtet den Rückgang der Fischereierträge am Bodensee im Hinblick auf die Existenz der Fischereibetriebe mit Sorge. Sie fordert die Parlamente, Verwaltungen und internationale Kommissionen am Bodensee auf, Massnahmen zu ergreifen, die beitragen, die sinkenden Fischereierträge auszugleichen und damit den Fortbestand der Fischerei am Bodensee sichern. Insbesondere ist der Phosphorgehalt des Seewassers im Zusammenhang mit der WRRL-Klassifizierung² und dem Fischertrag zu untersuchen.»

Sodann befasste sich die PKB mit der Schiefergasgewinnung, auch bekannt unter der Bezeichnung Fracking, welche mit noch unbekannten Risiken für die Bevölkerung, das Trinkwasser sowie die Natur und Umwelt verbunden ist. Der Vorarlberger Landtag hat eine Unterstützungsaktion mit dem Titel: «Nein zu Schiefergasgewinnung (Fracking) im Bodenseeraum» bei der Vorarlberger Bevölkerung lanciert. Die Forderungen zielen darauf ab, politische Mitstreiter zu finden, die Technologie unter Ausschöpfung aller politischen und rechtlichen Möglichkeiten vor allem im Bodenseeraum abzulehnen, zumindest aber auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass solche Eingriffe verpflichtend einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen sind. Die Regierungschefs der Internationalen Bodensee Konferenz vertreten eine kritische Haltung gegenüber Fracking. Am 7. Dezember 2012 fassten diese den Beschluss, wonach Fracking zum heutigen Zeitpunkt klar abgelehnt wird, soweit wasserführende Schichten betroffen sein können.

Die PKB folgte dem Antrag der Vorarlberger Delegation, Fracking im Bodenseegebiet zu verbieten und verabschiedete folgende Resolution: «Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee begrüsst die vom Erweiterten Präsidium des Vorarlberger Landtages getragene Unterstützungsaktion – Nein zur Schiefergasgewinnung (Fracking) im Bodenseeraum und fordert die Regierungen der vertretenen Länder auf, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Einsatz des Fracking zur Gewinnung von Schiefergas im Bodenseeraum – vor allem wegen der befürchteten langfristigen Umweltbelastungen sowie der Gefährdung des Trinkwassers – zu verhindern.»

¹ Grundlage für die Berichterstattung des Präsidenten der Kommission für Aussenbeziehungen in der Junisession 2014.

² Wasserrahmenrichtlinie der EU.

Ein weiteres Thema der Tagung bildete die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Schweiz aus Sicht des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Der Bund hat die Wichtigkeit der Beziehungen zu den grenznahen Regionen erkannt und zur Priorität erklärt. Dazu schuf der Bundesrat im Sommer 2012 den Posten des Sonderbotschafters für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Auf Wunsch der Kantone kann dieser – unter Wahrung der grenzüberschreitenden Zuständigkeiten und Interessen der Kantone in der Aussenpolitik – eine unterstützende Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahrnehmen.